

Neue EEG-Umlage für Sektorenkopplung

[12.10.2016] Ein vom Bundesverband Neue Energiewirtschaft in Auftrag gegebenes Gutachten legt nahe, die EEG-Umlagebasis auf fossile Energieträger wie Öl, Gas und Benzin auszudehnen. Eine Verbreiterung der Umlagebasis könnte auch neue Impulse für die Sektorkopplung setzen.

Ein Gutachten des Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag des Bundesverbands Neue Energiewirtschaft (bne) zeigt, dass die EEG-Umlage (Erneuerbare Energien Gesetz) deutlich sinken könnte, wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien auch über den Verbrauch fossiler Energieträger mitfinanziert würde. „Wenn wir die Basis der EEG-Umlage verbreitern, könnten wir einen deutlichen Impuls für die Sektorkopplung und damit für das Gelingen der Energiewende geben“, sagt bne-Geschäftsführer Robert Busch. So ist laut dem bne auch im kommenden Jahr mit einer deutlich steigenden EEG-Umlage zu rechnen. Die hohe Belastung des Strompreises mit Abgaben und Umlagen sei jedoch ein wesentliches Hemmnis für die Ausweitung der Energiewende auf den Wärme- und Verkehrssektor. Würde die EEG-Umlagebasis auf den Energieverbrauch im Wärme- und Verkehrssektor ausgeweitet, dann würden auch CO₂-intensive Energieträger wie Heizöl, Benzin und Diesel oder Erdgas in die Finanzierung der Energiewende mit einbezogen. Diese tragen derzeit keine Umlagen und sind zum Teil sogar steuervergünstigt. Die bne-Studie zeigt jetzt, dass die EEG-Umlage auf den Strompreis um mehr als die Hälfte sinken könnte, wenn sie anteilig auch auf den Energieverbrauch im Wärme- und Verkehrssektor erhoben werden würde. Das IÖW habe verschiedene Varianten für den privaten Bereich, für Gewerbe, Handel und Industrie berechnet. Je nach Variante ergeben sich für private Haushalte Kostenentlastungen beim Strom von knapp 20 Prozent oder 176 Euro pro Jahr. Professor Bernd Hirschl, Leiter des Forschungsfelds Nachhaltige Energiewirtschaft und Klimaschutz am IÖW, betont: „Eine Verbreiterung der EEG-Umlage führt zu niedrigeren Strompreisen und ermöglicht eine emissionspezifische Belastung der Energieträger.“ Für Besitzer von Ölheizungen könnten jedoch auch zusätzliche Kosten entstehen. Für Besitzer von Gasheizungen oder von Heizungsanlagen auf Basis erneuerbarer Energien würden sich dagegen Entlastungen ergeben. Damit kann die Maßnahme aus Sicht von Hirschl eine ökologische Lenkungswirkung entfalten. Die Gutachter regen darüber hinaus an, auch den Wärmeverbrauch der energieintensiven Industrien stärker zu berücksichtigen. Dies sollte zum Beispiel dann gelten, wenn diese zwar am Emissionshandel teilnehmen, die Zertifikate aber kostenlos zugeteilt bekommen. Aus Sicht des bne lasse sich die Sektorkopplung im derzeitigen Umlagesystem nicht voranbringen. „Wir haben im Moment eine wunderbare Gelegenheit, die Schieflage der Belastung der Energieträger zu korrigieren. Die Preise für Öl und Gas sind so günstig, dass eventuelle zusätzliche Belastungen bereits überkompensiert sind“, so Busch. „Die Energiewende stirbt im Heizungskeller, wenn dem Einzelnen nicht klar wird, dass die Integration von erneuerbaren Energien in sein Heizkonzept der richtige Weg ist.“ Jede Entscheidung für eine rein fossile Heizung zementiere hingegen Emissionen für 20 bis 30 Jahre.

(me)

Stichwörter: Politik, bne, EEG-Umlage, IÖW, Sektorenkopplung, Studie